

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/240

Bonn, den 29. November 1962

Mir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Zeitänder Hahlbohm</u> Minister Strauss und der kleine Mann Von Karl Garbe	73
3 - 4	<u>Vom Wesen einer Notstandsregelung</u> Zur geplanten Grundgesetzergänzung Von Karl Wittrock, MdB	73
5	<u>Vor einer vierten Regierung Zinn</u> In Hessen zeichnet sich erneut eine SPD-BHE-Koalition ab Von Heinrich Klein, Frankfurt	40
6	<u>Auch Ungarn jetzt auf Chruschtschow-Kurs</u> Kadar will "Realist" sein Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	43

Chefredakteur Günter Markscheffel

Zeitzünder Hahlbohm

Minister Strauss und der kleine Mann

Von Karl Garbe

Am Anfang lag die Kreuzung. Franz Josef Strauß kniff ein Auge zu und wählte damit seinen Weg. Der Polizist Hahlbohm schrieb ihn auf. Er schrieb den Namen "Strauß" mit kleinen Buchstaben in die Seele des kleinen Mannes. Die Seele des kleinen Mannes ist empfindlich. Denn der kleine Mann denkt, die Minister machten die Gesetze. Auch für sich selbst. Und die Augen des Gesetzes sind wachsam. Sie entdecken all' die kleinen Sünder: Die Sünder, die falsch parken, die zu schnell fahren, die der Parkuhr die Groschen vorenthalten, die Sünder, die eine der tausend Tafeln mißachten, die eine kompliziert gewordene Zivilisation um uns herum auftürmt.

* * *

Selbst bei kleinen Sünden ist ein Minister ein großer Sünder. Das liegt am Maßstab. Der kleine Mann maß den Minister mit einem grossen Maß. Franz Josef Strauß maß den kleinen Mann mit einem kleinen Maß. Er drückte ein Auge zu.

Und deshalb bemerkte er nicht, wo die verwundbarste Stelle des Volkes liegt.

Er fuhr mit dem Dienstwagen darüber hinweg: Über die Gleichheit vor dem Gesetz. Und deshalb schrieb ihn der Polizist Hahlbohm auf.

Und deshalb schrieb der Franz Josef Strauß den Polizisten Hahlbohm auf.

Er saß im Dienst in seinem Dienstwagen. Hahlbohm stand im Dienst an seiner Kreuzung. Und zwischen jener Mobilität und dieser Immobilität liegt der Hund begraben.

Franz Josef Strauß, der beim Kreuz auf das Grundgesetz mit seinen Fingern schwor, wollte die Kreuzung frei haben. So schrieb er selbst mit unsichtbarer Kreide an jede deutsche Hauswand: "Der Minister Strauß will eine Extrawurst". Ein Minister hat Privilegien. Der kleine Mann billigt sie ihm zu. Aber diese Privilegien wurzeln im Flechtwerk der Pflicht. Und darin ist jeder kleine Mann tagtäglich selbst verstrickt.

* * *

Ministerprivilegien sind Vorrechte auf Kosten aller. Franz Josef Strauß wollte Vorrechte auf Kosten anderer. Das ist ein feiner Unterschied. Denn er spaltet das Ganze und teilt es in Gruppen: In Katholiken und Protestanten, in Radfahrer und Fußgänger, in Bayern und Preussen. Und natürlich in kleine und große Männer.

Und deshalb mußte der Polizist Hahlbohm das Auge des Gesetzes besonders offenhalten, als der Minister seines zukniff.

Denn wer stiehlt, der steckt auch Häuser an - sagt der Volksmund. Und ein guter Polizist weiß, daß auch über seine Kreuzung der Weg zum Hochverrat führen kann. Und deshalb stürzte der kleine Polizist Siegfried Hahlbohm den großen Minister Franz Josef Strauß in dem Augenblick, als dieser sich anschickte, die letzte Sprosse der Macht zu erklimmen.

* * *

Denn seit jener Tag trug der Minister das Minuszeichen aus dem Polizistenbüchlein mit sich herum wie ein Kainsmal. Und was er auch tat und machte und sagte und schwor: Das Volk entdeckte immer, wie er ein Auge dabei zukniff. Und über tausend Reden, hundert Affären und dutzende Skandale verfolgte der kleine Mann unerbittlich und pedantisch mit einer immer genauer messenden Schieblehre den vierschrötigen Bauwaren.

Und dieser intelligente, forensisch begabte, vitale und mächtige Mann vergaß die Eifersucht des kleinen Mannes auf "das Recht der ersten Kreuzung" nie und stritt sich mit hunderten von kleinen Männern herum und zerrte Dutzende in Prozesse und spürte nicht, daß es ihm ging, wie in den Sagen seiner Vorfahren, dem Gott Thor, der eine Katze nicht heben konnte, weil sich darin die erdumspannende Midgardschlange nur versteckte.

Und bei seinem Kreuzungszug brachte der Minister sich immer neue Wunden bei und die Eingeweihten wußten es schon seit langem: Er ist waidwund.

* * *

Und das sicherste Zeichen dafür war, daß er auf dem Höhepunkt der Weltkrise um Cuba, in der Brühler Nacht, seiner Lieblingsbeschäftigung nachging: Er kniff ein Auge zu. Sie haben sich jahrelang gegenseitig aufgeschrieben: Das Volk und Franz Josef Strauß. Und wenn es schließlich zur Kreide kommt - dann wird es bitter.

Franz Josef Strauß mochte diesen bitteren Kelch lieber mit einer echten Maaß vertauschen und zerrte den Staat der vielen kleinen Männer, die er sicher auch schon nachts in seinen Ohren sitzend träumte über ein Komplott in die Krise.

* * *

Das Fieber steigt. Und man wartet auf die Tröstungen, die vor der Erleuchtung liegen.

Die neue Regierung - wer es im einzelnen auch sein mag - steht vor einer neuen Kreuzung. Und dort notiert ein Polizist alle Minister, die für sich selbst ein Auge zukneifen.

+ + +

Vom Wesen einer Notstandsregelung

Zur geplanten Grundgesetzergänzung

Von Karl Wittrock, MdB

Jeder hofft, dass niemals eine Stunde so dringender Not und grosser Gefahr kommen möge, um einen Notstand für das Volk als gegeben anzusehen. Es ist die Aufgabe der Politik, dabei zu helfen, dass eine solche Stunde nicht kommt. Aber niemand weiss, was eine uns unbekanntere Zukunft bringt, und niemand kann garantieren, dass eine solche Stunde der Not und Gefahr niemals kommt. Deshalb gebietet die politische Verantwortung, darüber nachzudenken, was in dieser Stunde, die niemals eintreten möge, Rechtens sein soll. Die Deutsche Sozialdemokratie kann sich Überlegungen dieser Art nicht entziehen. Sie steht innerhalb des Staates, und sie ist ein Teil - sogar ein grosser Teil - des Volkes, dem auch ohne eigenes Verschulden einmal Not und Gefahr drohen können.

Gegenteil von "Ermächtigungsgesetz"

Dabei geht es nicht darum, ein "Ermächtigungsgesetz" zu schaffen, wie Unwissende meinen und Böswillige unterstellen. Sie meinen jenes unheilvolle Gesetz vom 24. März 1933. Dieses Ermächtigungsgesetz sagte in seinem Artikel 1 dürr und hart:

- * "Reichsgesetze können durch die Reichsregierung beschlossen werden".

In Artikel 2 hiess es ebenso lakonisch:

- * "Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen".

Das war eine bedingungslose Vollmacht für die Regierung und besiegelte die totale Entmachtung des Parlamentes.

- * Es sollte jedem klar sein: Niemals wird die Deutsche Sozialdemokratie und niemals wird ihre Bundestagsfraktion auch nur einen winzigen Schritt auf einem Wege gehen, der zu einem solchen Gesetz führt.

Die Sorge derer, die von der Vergangenheit sprechen, ist auch unsere Sorge. Wie könnte das anders sein bei einer Partei, die ein Opfer dieser Vergangenheit war? Darum ist es die politische Pflicht der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, mit der durch Erfahrung geprägten Wachsamkeit klar zu sagen, welches die Verfassung des Staates in der Stunde der dringenden Not für das Volk sein soll.

Rechtsstaat muss gesichert sein

Das Grundgesetz muss feststellen, w e r in dieser Stunde welche Befugnisse hat und welches auch in äusserster Not die unabdingbaren Schranken für die Ausübung staatlicher Befugnisse sind.

Wer das nicht klarstellen will, der nimmt in Kauf, dass im Falle eines Notstandes unseres Volkes allein die Macht herrscht, die dann ihre Schranken selbst nach eigenem Ermessen bestimmt. - Das dürfen wir nicht wollen. Der Rechtsstaat muss für jede Lage, in die ein Volk kommen kann, die Regeln für die Ausübung der Staatsgewalt bestimmen.

Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen

Bei einem solchen Versuch, wie er jetzt im Bundesrat und demnächst im Bundestag und seinen Ausschüssen zu beraten ist, wird die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Beschlüsse des Kölnertages im Mai dieses Jahres bestimmt sein. Hiernach darf es nicht sein, dass das Parlament sich selbst entmachtet. Das Wesen der freiheitlichen Demokratie verbietet es, irgendeiner Regierung schlicht Gesetzgebungsermächtigungen zu geben. Für ein Notverordnungsrecht ist kein Raum. Das Parlament muss in der Verantwortung bleiben, auch wenn es darum geht, den Fall des Notstandes festzustellen. Es muss feststehen, dass es niemals ein Regiment von Staatskommissaren geben darf, und es muss weiter feststehen, dass es unabdingbare Grundrechte gibt.

- * Zu ihnen gehören das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Gewerkschaften zu bilden und die
- * Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung.

Es sind Situationen denkbar, in denen allein durch diese freie Wirkungsmöglichkeit einem Usurpator der Macht ein Halt geboten werden kann. Man braucht nur in dem Buch der Geschichte zu blättern.

* * *

Es lohnt sich, das alles in die Verfassung hineinzuschreiben. Das ist etwas Besseres als der Inhalt des gegenwärtigen Regierungsentwurfes, der in seiner jetzigen Fassung keine Schlussabstimmung im Bundestag erleben wird. Die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, und sie sind stark genug, ihre besseren Vorschläge zur Anerkennung zu bringen.

Dabei geht es nicht um ein neues Kapitel im Wörterbuch des Staatsschutzes. Es geht allein darum, auf der unverzichtbaren Grundlage der freiheitlichen demokratischen Ordnung das Menschermögliche zu tun, was geeignet sein kann, dem Volke Schutz und Sicherheit zu gewähren. Das ist der Wille der SPD-Fraktion im Bundestag.

* + *

Vor einer vierten Regierung Zinn

Von Heinrich Klein, Frankfurt

Hessen wird auch in den nächsten vier Jahren von einer Koalition zwischen SPD und BHE regiert werden. Nachdem der SPD-Landesvorstand am Wochenanfang in Wiesbaden den Startschuss zu Koalitionsgesprächen mit der Gesamtdeutschen Partei/BHE gab, dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis das neue Kabinett komplett ist. Ministerpräsident Dr. Zinn befürwortet die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem BHE, der sich in der Vergangenheit schon durch besondere Loyalität ausgezeichnet hat. Auch in der Bevölkerung wird eine neue SPD/BHE-Koalition als Weiterführung einer erfolgreichen Politik verstanden und nicht als ein neuer Beginn.

Die Gewichtsverlagerung zwischen der SPD (plus 3 Mandate) und dem BHE (minus 1 Mandat) soll sich allerdings nach Meinung der Sozialdemokraten auch in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts ausdrücken. So hat die sozialdemokratische Verhandlungskommission dem BHE einen Ministerposten angeboten gegenüber zwei Kabinettsmitgliedern in den vorausgegangenen acht Jahren. Die BHE-Sprecher haben demgegenüber den Wunsch geäußert, es bei der bisherigen Regelung zu belassen. Auch wenn das erste Koalitionsgespräch ohne Ergebnis beendet wurde, ist man dennoch auf beiden Seiten überzeugt, dass es zu einer Übereinstimmung kommen wird.

In dem Kommuniqué über die Sitzung des SPD-Landesvorstandes findet sich der folgende Satz:

- * "Die Entwicklung der Bundespolitik und landes-
- * politische Entscheidungen in anderen Bundes-
- * Ländern können neue Situationen herbeiführen.
- * Unter diesen Umständen wäre eine Ausweitung
- * der Koalition denkbar."

Die Führungsgremien der hessischen SPD sind keineswegs der Meinung, dass CDU und FDP, die schon seit 12 Jahren in Hessen in der Opposition stehen, immer vom Regierungen ausgeschlossen bleiben müssen. Eine der beiden Parteien wird vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt auch ins Kabinett einziehen können. Schon jetzt erhielt die sozialdemokratische Verhandlungskommission den Auftrag, mit CDU und FDP über die Zusammenarbeit im Landesparlament zu sprechen.

Voraussichtlich am 19. Dezember dürfte Dr. Georg August Zinn zum vierten Male zum hessischen Ministerpräsidenten gewählt werden. Die SPD-Minister des dritten Kabinetts Zinn - Innenminister Heinrich Schmeider, Finanzminister Dr. Wilhelm Conrad, Sozialminister Heinrich Hemmelt und Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte - werden wiederkehren. Ungewiss ist noch, wer das Ministerium übernehmen wird, das bisher von einem BHE-Mann geleitet wurde.

+ + +

Auch Ungarn jetzt auf Chruschtschow-Kurs

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Eine Entwicklung, deren vielfältige Erscheinungsformen fast im gesamten europäischen Ostblock in letzter Zeit zu beobachten sind, beherrschte auch den soeben zu Ende gegangenen Parteikongress der ungarischen Kommunisten. Stärker noch als in Bulgarien wurde auch in Budapest einer grösseren Verfachlichung im Wirtschaftsapparat das Wort geredet. Jetzt soll die Zeit anbrechen, da der Nur-Parteifunktionär dem qualifizierten Fachmann das Betätigungsfeld überlassen soll.

Viele in ihren Positionen und materiellen Privilegien bedrohten Parteifunktionäre werden nicht nur in Ungarn einem solchen Kurs skeptisch gegenüberstehen. Eben in dieser Frage soll der bereits im Oktober aus dem Politbüro und Zentralkomitee der ungarischen Partei ausgeschlossene György Karosan eine Opposition gegen den ersten Parteisekretär Janos Kadar zu organisieren versucht haben. Aber die übrigen ungarischen Spitzenfunktionäre scheinen begriffen zu haben, dass sie sich auf lange Sicht politisch-ideologisch nur mit konkreten Wirtschaftserfolgen werden behaupten können.

Parteitag ohne "Parole"

Hierin liegt einer der Hauptgründe für die in Ungarn bereits seit längerer Zeit zu beobachtende realistischere Einstellung. Auch bei diesem Kongress fehlten im Stadtbild Budapests vollständig Parolen und Losungen. Die Kongressreden waren stilistisch und inhaltlich frei von utopischen Versprechungen und extremen Angriffen auf ideologische Gegner. Dafür wurden jedoch mit den Kongressbeschlüssen Tendenzen sanktioniert, die Ungarns Position als eines der "liberalsten Länder" im kommunistischen Ostblock nur noch stärken werden.

Kadar versucht nicht mit den schlechtesten Methoden einen Strich des Vergessens unter die Revolution von 1956 zu ziehen. Dazu dient nicht nur die Behauptung, dass der "Klassenkampf" heute nur noch am Arbeitsplatz geführt werde, das heisst, dass allein die Arbeitsleistung für die gesellschaftspolitische Beurteilung eines jeden Individuums ausschlaggebend sein solle. Dagegen soll die soziale Herkunft in Zukunft kein Hinderungsgrund mehr für die berufliche Entwicklung des einzelnen sein. So wird für die Zulassung zum Universitätsstudium nicht mehr die ehemalige soziale Stellung der Eltern massgeblich sein.

Wie lange noch die Fiktion der Einheit?

In vielen solcher Gedankengänge mag man Chruschtschow'sche Ideen entdecken. Kein Wunder, wenn Kadar auch die Moskauer Aussenpolitik vorbehaltlos unterstützte. Andererseits hat sich auch die ideologische Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking, bisher am Streitobjekt Albanien ausgetragen, in einem solchen Masse für die breite Öffentlichkeit des Ostblocks sichtbar zugespitzt, dass man sich fragen muss, wie lange nach Budapest die Scheineinheit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung noch aufrechterhalten werden kann.